



# Europäische Union (EU) - Kritik

Liebe Mitbürger, am 26.Mai sind die Wahlen zum EU Parlament. In den Medien, der Presse und von vielen Politikern wird die EU oft vorbehaltlos als großes „europäisches Friedensprojekt“ dargestellt. Befürworter reden gerne von Werteordnung und Garant für Frieden und Freiheit. Kritische Sichtweisen oder gar unbequeme Fakten werden dabei gerne ausgelassen. Dieser Flyer soll die „unbequemen“ Fakten beleuchten.

(Hinweis: Dies ist keine Publikation der EU oder EU Behörden)

## EU –demokratisch legitimiert ?

**Das** EU Parlament ist kein wirkliches Parlament, welches Verordnungen/Gesetze erlassen noch solche der Kommission verhindern oder wesentlich beeinflussen könnte.

**Die** eigentliche Macht liegt in den Händen der EU-Kommission und dem EU Gerichtshof (EUGH), beide ohne demokratische Legitimation.

**In** den EU-Verträgen sind grundlegende demokratische Grundsätze wie die Gewaltenteilung weder vorhanden, noch „verfasst“.

**Demokratie** bedeutet, Gesetze müssen dem Willen des Volkes entsprechen. Die meisten Rechtssätze in Deutschland sind mittlerweile aber von nicht demokratisch legitimierten Organen der EU (Kommission) als Richtlinien und Verordnungen beschlossen worden, insbesondere Wirtschaftsrecht.

**Die** Rechtssetzung der EU ist von nationalen Parlamenten nicht voraussehbar und daher auch nicht demokratisch legitimierbar.

**Auch** das Stimmgewicht der Wähler der Mitgliedsstaaten der EU weicht teilweise extrem (bis zu 1000%) voneinander ab.

**Im** EU Gerichtshof arbeiten Richter, von denen bestenfalls der deutsche Richter (aus deutscher Sicht) eine sehr schmale demokratische Legitimation hat. Diese hochbezahlten Richter werden auch noch ausgerechnet im Einvernehmen der Staatsregierungen ernannt, und das auch nur für 6 Jahre. Das schafft freilich auch keine Unabhängigkeit der Richter.

**Eine** echte demokratische Legitimation der EU (sofern Sie denn auch demokratisch organisiert wäre), könnten auch nur die Staatsvölker der Mitgliedsstaaten geben.

Das ist durch die Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden aber gescheitert. Seither fürchten die EU befürwortenden Parteipolitiker solche Referenden wie der Teufel das Weihwasser.

## EU – Verbraucherschutz?

**Die** gerechtfertigte Gegenwehr der Bürger bezüglich der Freihandelsabkommen wie TTIP hat gezeigt, für was die EU steht.

**In** diesem Freihandelsabkommen sollte privaten Großkonzernen ein Klagerecht gegenüber Nationalstaaten eingeräumt werden, welches dann auch noch in außerstaatlichen Schiedsgerichten verhandelt werden sollte. Damit könnten Großkonzerne freilich erheblichen Druck auf staatliche „Behörden“ ausüben, wenn es um deren Interessen geht.

**Unter** dem Deckmantel von „Gemeinschaftsinteresse“ und Argumentationen wie „der Wettbewerb steigert Effizienz und Wohlstand“ erzwingt die Judikatur der EU weitreichende Deregulierungen. Das Sozialprinzip bleibt dabei oft auf der Strecke... doch ohne soziale Ordnung ein künftiges globales Ausbeutungsszenario. Die diktatorische Politik der EU macht alle Bürger gegenüber der Globalisierung wehrlos.

**Dazu** kommt die grenzenlose Kapitalverkehrsfreiheit seit 1994. Sie ermöglicht den rücksichtslosen Standort Wechsel der Unternehmen in Billiglohn-Regionen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen und des vom Bürger erwirtschafteten Kapitals. Im Übrigen leistet Deutschland einen erheblichen finanziellen Transfer in sog. Inflationsländer, denen durch die undifferenzierte Währungspolitik der EZB die Wettbewerbsfähigkeit verloren geht. Das Ergebnis sind hohe Arbeitslosenquoten in schwächeren EU Ländern, einhergehend mit Misstrauen und Arqwohn unter den Mitgliedsländern.

**Zitat von Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider:**

*Die Verfassung der Europäischen Union muß neu geschrieben werden – aber ganz anders, nämlich so, dass wir in einem europäischen Europa leben können, in einem Europa der Freiheit und des Rechts, der Demokratien und der Sozialstaaten, **nicht in einer Diktatur der Industrien, Banken und ihren Bürokratien.***

## EU – ein Friedensprojekt?

**Der** letzte aktuelle EU Vertrag, der sogenannte „Lissabon Vertrag“ hat die Kompetenzen der EU noch weit über den geltenden Generalklauseln ausgeweitet. Die Staats- und Regierungschefs können hier gar im vereinfachten Verfahren „interne Politikbereiche“ ändern ohne Zustimmung von Bundestag oder Rat. Betroffen sind die gesamte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik aber auch der Raum der Freiheit und Sicherheit. Es ist wie ein neues „Ermächtigungsgesetz“.

**Wussten Sie**, dass der Vertrag nicht nur in Kriegszeiten, sondern auch in Friedenszeiten, um einen „Aufruhr“ rechtmäßig niederschlagen, die Tötungen ermöglicht?

**Wussten Sie**, dass durch Art. 42 festgelegt wurde, dass zivile und militärische Mittel der EU bereitgestellt werden müssen, die „außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit ..()“ eingesetzt werden können?

**Diese** militärischen Mittel der EU sind nicht primär auf Verteidigung ausgerichtet, sondern auf Einsätze in Drittländern! Die meisten dieser Einsätze verletzen das Grundgesetz (Art.87a), dem Verbot eines Angriffskrieges. Geltendes Völkerrecht kann unter dem Deckmantel der „Konfliktverhütung“ umgangen werden. Einsätze in Drittländern ohne das diese gefragt werden müssen, sind als Angriffskrieg zu bezeichnen und können leicht willkürlich ausgelegt werden.

**Gem. Art. 24 EUV** hat die EU sogar das Recht auf die Bundeswehr zurückzugreifen, wenn Sie Operationen im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ durchführt.

**Auch** auf den Verlauf der militärischen „Missionen“ hat die nationale Regierung dann kaum einen Einfluss, genau so wenig wie das EU Parlament. Und letztendlich können Beschlüsse und „Missionen“ durch kein Gericht auf Ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden...auch nicht durch den EUGH.

## Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

In der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) „Art.2 heißt es: **„Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist um ...().. einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.“**

Es ist nicht relevant, ob diese Tötung stattfindet oder stattfinden wird, sondern vielmehr, dass sie zu jeder Zeit stattfinden kann.

In diesem Zusammenhang sollte man auch wissen, dass die Bundeswehr im Rahmen der gemeinsamen Streitkräfte nicht mehr einem deutschen Kommando untersteht. (Art. 38 EUV „Krisenbewältigung“)

Das 1989 gewaltsame Vorgehen der chinesischen Regierung in Tibet am Platz des himmlischen Friedens einschließlich der Hinrichtungen wäre nach derzeitigem EU Recht legitim gewesen!

**Nur in Diktaturen fürchtet man Aufruhr oder Aufstände von Menschen, die z.B. auf Einhaltung der Menschenrechte und auf demokratische Strukturen bestehen.**

## Die EU – Ein Staatsstreich?

In der Publikation des Bundestages „das Parlament“ lesen wir über den Staatsstreich:

*„Als Staatsstreich oder Putsch bezeichnet man den irregulären Transfer der Regierungsgewalt. Oft ohne den Einsatz militärischer Mittel...“*

Das bedeutet, wenn die Macht an Instanzen übertragen wird, die im Grundgesetz dafür nicht vorgesehen sind, und diese Machtübertragung außerdem ohne demokratische Legitimation erfolgt bzw. an eine Institution, die keine demokratische Legitimation besitzt, dann handelt es sich um einen Staatsstreich, auch wenn er ohne sichtbare Gewalt stattfindet. Das passiert derzeit in Deutschland und in anderen Ländern Europas: Die Regierung gibt „freiwillig“ (?) den größten Teil Ihrer Kompetenzen in fremde Hände, die EU-Behörden, die weder demokratisch gewählt noch kontrolliert sind. Das EU Parlament hat dabei keine wesentlichen Kompetenzen und wirkt wie ein Feigenblatt. Die vom Grundgesetz vorgeschriebene Machtverteilung sowie das Zustandekommen der Gesetze werden somit unterlaufen.

Grundgesetz der BRD Artikel 20 Abs.4 heißt es: *„Gegen jeden, der es unternimmt, die Ordnung (des Grundgesetzes) zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“...*

## EU – Fahrplan zur Diktatur?

Viele Abstimmungen im deutschen Bundestag und Bundesrat haben durch die Priorität der Brüsseler Gesetze nur noch „formalen“ Charakter. Die Auswirkungen und Ziele der Gesetze aus Brüssel sind dagegen heftig; um nur einige Punkte zu nennen:

- Brüsseler Gesetze und Verordnungen, gefasst von der Kommission und Rat haben mittlerweile Priorität in allen wesentlichen Belangen des Staates
- Die Möglichkeit, diese Gesetze und Verordnungen jederzeit zu erweitern und zu ändern, wobei das EU-Parlament lediglich „angehört“ zu werden braucht
- Das Fehlen einer echten Gewaltenteilung in der EU
- Die Aushebelung des deutschen Verbotes von Angriffskriegen ohne Einspruchsmöglichkeit des EU-Parlamentes oder EUGH
- Die Pflicht zur Aufrüstung der Mitgliedsländer
- Das Recht in eine protestierende Menge zu schießen, um „Aufruhr“, „rechtmäßig“ niederzuschlagen
- Eine lebenslange (!) Immunität für EU Beamte und „sonstige Bedienstete der Union“

## EU – ein gewaltiger Enteignungsapparat ?

**EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität):** Die EFSF hat an Irland, Portugal und Griechenland Darlehen von insgesamt rund 174,6 Mrd. Euro geleistet. Dafür haftet Deutschland mit bis zu **93 Mrd. Euro.**

**ESM (Europäische Stabilitätsmechanismus):** Das anfängliche Stammkapital des ESM beträgt 700 Milliarden Euro. Die Bundesregierung geht von einer Haftungsobergrenze Deutschlands von ca. **190 Milliarden Euro** aus. Nach anderen Rechtsauffassungen haftet Deutschland unbegrenzt

**Target 2** :Als Target 2 wird das Zahlungsverkehrssystem zwischen den europäischen Zentralbanken bezeichnet. Die Forderungen der Bundesbank gegenüber den anderen Zentralbanken betragen in Summe rund **900 Mrd. Euro.** Wenn diese Forderungen ausfallen, haftet dafür die Bundesrepublik Deutschland.

**Niedrigzinsen:** Die DZ Bank berechnete 2017, dass die deutschen Sparer seit 2010 auf rund **430 Milliarden Euro** an Zinsgewinnen verzichten mussten.

**EU-Haushalt:** Allein 2018 flossen ca. **30 Milliarden Euro** an deutschen Steuergeldern in den EU Haushalt, Tendenz steigend.

### **Weitergehende Informationen und Quellen:**

-„Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ von Prof. Dr. Klaus Buchner (ÖDP)  
-„Ein Staat ohne Legitimation“ oder „Der Vertrag von Lissabon“ jeweils von Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider oder ein Vortrag auf YouTube *Karl Albrecht Schachtschneider - Der Weg in die EU-Diktatur 2009*  
-<http://www.europarl.europa.eu/germany>

**Autor: Jochen Amann / Büdingen**  
**Kontakt: [recht\\_und\\_freiheit@posteo.de](mailto:recht_und_freiheit@posteo.de)**  
**homepage: [www.recht-freiheit.de](http://www.recht-freiheit.de)**

Diese Publikation gibt die Meinung des Autors wieder, geschützt durch Grundgesetz Art.5: (1) *Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.* Alle Angaben wurden nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt. Inhalte Dritter in Form von Quellenangaben oder Zitierungen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Autors.

### **Denkwürdiges Zitat von EU Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker:**

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*